Die Staats-Zeitung.

Donnerstag, Okt. 7, 1875.

Harrisburg, Pa.

J. Georg Ripper, Herausgeber.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für Governör:

Cyrus L. Pershing

von Schuylkill County.

Für Staats-Schatzmeister:

Victor E. Piolett

von Bradford County.

Wahl:.....2. November, 1875.

So geht's!

Ex-Governör Curtin, den die Republikaner von Pennsylvanien in 1860 als Governör erwählten, hält gegenwärtig Reden in Ohio zu Gunsten von Gov. Allen, einem kernfesten alten Demokrat!

Der Achtb. Geo. Landon, früher republikanischer Staats-Senator von Bradford County (wo Hr. Piolett wohnt), ist ebenfalls in Ohio, und hält demokratische Reden!—Als druff!

Hört, wie sie heulen!

Die Republikaner machen ein großes Geplärr, weil Hr. Pershing dagegen stimmte, daß gewisse Sklaven in Freiheit gesetzt werden sollten.—O, Meister Pershing, das war schrecklich! denn guck, die schwarzen Sklaven sind jetzt doch frei, und die Weißen? nun, die sind jetzt — Sklaven, und haben weder, Arbeit noch Brod! Die Republikaner bekümmern sich mehr um die Neger als um die Weißen. Ist das nicht so?

Ein Zeichen des Fortschritts.

Als ein Zeichen des Fortschritts haben wir zu erwähnen, daß die Herausgeber des hiesigen „Patriot" sich entschlossen haben, genanntes Blatt zweimal täglich erscheinen zu lassen. Der „Patriot" welcher Morgens erscheint, soll nämlich jetzt auch Nachmittags oder Abends erscheinen, und soll der Anfang am 11ten dieses Monats gemacht werden. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Erfolg, besonders da das Blatt demokratisch und interessant ist.

Die Addresse der Demokratischen Staats-Committee.

Wir lenken die Aufmerksamkeit unsrer Leser auf die Adresse der Demokratischen Staats-Committee, die heute in diesem Blatte erscheint. Dieselbe ist zwar etwas lang, allein sie enthält so vieles Gute, Interessante und Wissenswerthe, besonders über die jetzige traurige Lage unsres Landes, daß wir sie unsern Lesern nicht dringend genug empfehlen können. Man lese dieselbe genau durch, dann überlege und beherzige man Das, was man gelesen hat.

An unsre Freunde in Ohio.

Bürger von Ohio! nächsten Dienstag habt Ihr bei der Wahl zu entscheiden, ob Euer Lieblings-Governör, — William Allen, — einer der ehrenhaftesten und besten Männer Eures Staates, wiederum als Governör erwählt werden soll, oder ob Ihr Euch einer Partei unterwerft, die Euch von jeher mit tyrannischen Gesetzen zu unterjochen suchte. Wer war es, der das gehässige Adair-Gesetz passirte; und wer war es, der es widerrufte?

Wer ist es, der Euren Governör den Ihr kennt, und der Eurem Staat so treulich gedient hat, zu verdächtigen suchte? Hütet Euch vor diesen Wölfen in Schafskleidern! Stehet fest wie ein Mann, und stimmt für Wm. Allen, den Freund der Deutschen und des armen Mannes. Hört nicht auf die Lockungen der aristokratischen Republikaner, die wie eine Spinne die Fliege als Opfer Euch gerne in ihr Netz zu ziehen wünschen, um Euer Blutzu saugen!

Siegt Ihr bei der nächsten Wahl, dann wird ein frohlockender Jubel aus Tausender Herzen gen Himmel emporsteigen, der das Volk aller Staaten der Union mit frohem Muth erfüllt.

Auf denn, Demokraten und Conservativen von Ohio, auf zum Kampfe! Der Wahltag naht; wirkt zusammen, und gebt einen Schlag, dann feiern wir mit Euch ein gemeinsames, brüderliches Jubelfest!

Wahlbetrüger im Anmarsch!

Die Philadelphia „Times," dessen Redakteur (Col. M'Clure) selbst ein Republikaner ist, sagt in einer Nummer von letzter Woche:

„Wir haben es aus glaubwürdiger Quelle, daß eine große Anzahl sog. Ballotbox-Stuffers (Leute, welche betrügerische Stimmzettel in die Wahlurnen werfen,) von New-York, Philadelphia und Baltimore nach Ohio geschickt werden, um dort die Wahl der republikanischen Candidaten zu sichern. Von dieser Zahl sollen 2000 aus Philadelphia kommen, und in Cincinnati, Columbus, Cleveland, Dayton und anderen Plätzen untergebracht werden! New-York und Baltimore sollen eine ähnliche Anzahl liefern."

Da hat man's. Also betrogen soll es werden, um den Sieg zu gewinnen! Werden aber die Bürger von Ohio dieses dulden? Werden sie nicht mit genervten Fäusten dem betrügerischen Lumpenpäck zeigen, daß sie ihre eigene Wahl leiten können, und keinen Betrug erlauben? Nur nicht zu frech, ihr Herrn Betrüger und Schwindler; die Buckeyes lassen nicht mit sich spassen, und wehe dem, der in diesen niederträchtigen Betrügereien erwischt wird. — Bürger von Ohio, seid auf Eurer Huth! Seid wachsam, denn der Feind ist schlau wie eine Schlange! Bewacht die Stimmkästen!

Die Geldfrage in einer Nußschale.

Man hört dieser Tage vieles über die Geldfrage sagen, ohne jedoch zu einer richtigen Lösung oder zum richtigen Verständniß der Frage zu kommen. Die Republikaner beschuldigen die Demokraten, zu Gunsten von mehr Papiergeld zu sein, wodurch alles wieder theurer, und Gold und Silber steigen würde. Das ist rein gelogen. Hören wir, was die neuliche Demokratische Staats-Convention zu Erie in einem ihrer Beschlüsse zu sagen hat:

„Wir verlangen die Aufhebung der gegenwärtigen National-Banken und dafür die Gründung eines Systems von freien Disconto- und Depositen-Banken unter solchen Regulationen wie sie die Einzelstaaten feststellen mögen, jedoch nur mit solchem Papiergeld, welches direkt von der Bundes-Regierung und unter deren Garantie ausgegeben ist, und welches eine Currency ermöglicht, die auf Gold und Silber und anderes Eigenthum der ganzen Bevölkerung des Landes basirt ist."

Nun fragen wir, was bedeutet dieser Beschluß? Nichts mehr und nichts weniger, als daß wir gegenwärtig zu viele Banken haben, die das Mark des Volkes aussaugen, indem sie zu hohe Prozente verlangen. Will z. B, ein Mann Geld leihen, so muß er von 10 bis 15 und 20 pro Cent bezahlen, und dabei noch sichere Bürgschaft stellen.

Ferner bedeutet der Beschluß, daß die National-Banken abgeschafft, und daß freie Disconto und Depositen-Banken gegründet werden sollen, deren Noten direkt von der Regierung ausgegeben, und **durch dieselben gesichert** werden.

Und endlich, daß der Papier-Dollar gerade so viel werth sein soll, als wie der Gold- und Silber-Dollar, d. h., daß, wenn ein Mann einen Dollar verdient, man ihm nicht Papiergeld gibt, das nur 80, 85 oder 90 Cents, anstatt einen Dollar werth ist; kurz, daß der Arbeiter erhält was er verdient, — Geld, und keine Lumpen.

Liegt darin etwas Unrechtes? Gewiß nicht. Und gerade dieses ist's, was die Plattformen der Demokratie von Pennsylvanien und Ohio verlangen. Nebst Gold und Silber müssen wir Papiergeld haben, aber es muß, wie oben bemerkt, denselben Werth besitzen wie Gold und Silber. Wollten wir jetzt auf einmal alles Papiergeld abschaffen, so würde unser ganzes Land ruinirt sein, denn wo wir Einen Dollar in Gold und Silber haben, sind jetzt zehn Tausende von Dollars in Noten oder Papiergeld im Umlauf. Im Ausland sind allein mehr denn zwei tausend Millionen Bonds untergebracht worden, und wie wäre es möglich, alle diese auf einmal in Hartgeld einzulösen? Sobald aber die Regierung selbst Sicherheit für das Papiergeld stellt, dann sind wir gesichert, und die Geschäften blühen aufblühen. Das wollen die Demokraten, und das bedeutet auch die in Erie abgefaßte Platform.

Musterhafte Stadtväter.

Lankaster erfreut sich gegenwärtig zwei sehr verlumpter und ekelhafter Stadtväter. Da, wie bekannt, Klagen gegen die Straßen-Commissioner der Stadt wegen absichtlichen Betrügereien eingereicht worden sind, sollte letzte Woche eine Sitzung des Stadtraths in der Sache stattfinden. Als aber die Sitzung gehalten wurde, fand sich's, daß zwei der Stadtväter (zwei brühheiße Radikalen) so viehisch besoffen waren und einen solchen Heidenlärm machten, daß man gezwungen war, den Einen später im Lock-up einzusperren!

Und aus solchen Subjekten besteht die radikale Partei in Lankaster. Wahrlich, eine saubere Sippschaft. Wüßten die Bürger der Stadt, wie schamlos und niederträchtig sie von dieser Sauf- und Lumpenbande betrogen und belogen wird, sie würden schon längst die ganze Bande aus der Stadt gejagt haben. Betrügen und Beschwindeln verstehen diese Burschen aus dem FF., aber von einer ehrenhaften Verwaltung der städtischen Angelegenheiten wollen sie nichts wissen. Straßen und Alleys auszubessern, welche an das Eigenthum der hohen Aristokratie gränzt, das wird „gefixt," aber von schlechten Straßen, wie z. B. jene in der Achten Ward, diese bleiben im Schmutz liegen. „Dort wohnen ja die Sauerkraut-Dutch, was gehen uns Die an," sagen die hohen Stadtväter; „wir sind die Herren im Lande; trinken unsern Schnapps wann und wo's uns pliest."

Nun, ihr Stadtväter, nur so fortgefahren; vergeßt aber nicht, daß es in Lankaster nebst dem Lock-up auch Mittel gibt, um euch den Standpunkt klar zu machen; von versoffenen Lumpen wollen die Bürger nicht regiert sein.—Ist es nicht eine Schmach und Schande für eine Stadt, Schnappsfäckel als Stadtväter zu haben, die man wegen unordentlichem Betragen einsperren muß?

Ein deutscher Gesangverein in Tyrone.

Wir hören mit vielem Vergnügen, daß die Deutschen von Tyrone vollen Ernstes dran sind, einen Gesang-Verein unter dem Namen „Liedertafel" zu gründen, und zwar unter der Leitung der Dr. Georg Bornecke von ebendaselbst. Die Beamten des Vereins wurden bereits letzte Woche erwählt, allein deren Namen sind uns noch nicht bekannt. Wenn die Deutschen in Tyrone einmal etwas unternehmen, so wird es auch mit einer lobenswerthen brüderlichen Einmüthkeit durchgesetzt, denn ein gemüthlicheres oder geselligeres Völkchen als es, ist wohl selten zu finden. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Erfolg.—Wollen Freund Vogt oder Dr. Barnecke die Güte haben, uns die Namen der Beamten ꝛc. brieflich einzusenden?

Die „Stovepipe" und der „Pittsburg Freiheits-Freund."

In der dritten Spalte auf der inneren Seite unsrer letzten Nummer brachten wir einen Artikel mit der Ueberschrift „Betrügerische Beamten," worinnen das schändliche Betragen gewisser republikanischer Beamten von Allegheny-County ganz gehörig gegeißelt wird. (Das dortige „Volksblatt" von Samstag veröffentlicht den erwähnten Artikel in dessen Spalten.) Wir sagten in demselben, daß unter der „Ringherrschaft" jenes County's die schändlichsten Schindludereien gegen die Bürger begangen werden; daß das County, und besonders Pittsburg unter der Steuerlast seufze, welche durch eine Bande Blutsauger verursacht werde; daß einer dieser „Rings" als Beamter in der Scheriffs-Office exestire; und daß endlich jetzt die Zeit gekommen sei, sich von der korrupten Blutsaugerbande zu befreien indem Hr. Robert H. Patterson, welcher von den Demokraten als Candidat für das Scheriffsamt nominirt wurde, gerade der rechte Mann wäre, um eine ehrliche Verwaltung einzuführen, und die Bürger vor Betrug zu schützen, indem er einer der besten und ehrenhaftesten Bürger in Allegheny County ist.

Wie es nun aber scheint, so hat dieser Artikel unserm sonst ganz gemüthlichen Collegen vom Pittsburg „Freiheits-Freund," mit dem wir nebenbei gesagt, auf sehr freundschaftlichem Fuße stehen, „fürchterliche" Bauchkrämpfe verursacht, da er in seiner Nummer vom 2. Oktober in einem längeren Artikel den in der „Staats-Zeitung" (welche er kurzweg nur „Stovepipe" nennt) gebrachten Artikel verdreht, und schwarz weiß zu machen sucht. (Vor lauter „Stovepipe's" vergaß unser College auch nur ein Wort wegen den drückenden Steuern und den korrupten „Rings" zu sagen. Wie kommt sell?)

Es ist nicht unsere Absicht, dem „Freiheitsfreund" in seiner ganzen Länge zu folgen, da Hr. Patterson, um dessen Wahl es sich handelt, ja doch als Scheriff erwählt werden wird. — (Das ist es eben, was unsern Collegen so sehr schmerzt; denn wird ein Demokratischer Scheriff erwählt, so verliert unser College einen tüchtigen „Brocken" durch die Anzeigen der Scheriffsverkäufe! Siehst Du, lieber Leser, "wo der Schuh drückt?") Doch erlauben wir uns folgende kurze Erwiederung zu machen:

Die Anschuldigung, daß wir durch Andere hinter's Licht geführt wurden, und wissentlich die Unwahrheit sagen, daß wir ferner einen heiligen Abscheu vor Republikanern haben, und niemals mit einem republikanischen Politiker sprechen, sondern nur mit Demokraten in Verbindung stehen, ist eben so unwahr wie läppisch. Wir lassen uns nie von Jemanden, besonders nicht von Politikern hinter's Licht führen; und was unsern heiligen Abscheu vor den Republikanern betrifft, so können wir unsern Collegen versichern, daß wir mehr Freunde, und zwar herzensgute Leute, unter den Republikanern haben als er glaubt. Sie lesen unser Blatt gerne, weil sie wissen, daß wir stets „frei von der Leber sprechen," und uns nicht am Narrenseil herumführen lassen, um die „Brocken" der „Rings" zu erwischen. Auch ist das erlogen, als hätten wir gesagt: „Wie kann ein Mann so lang in einer Office, und nicht unehrlich sein?" und daß wir von Parteiführern dazu aufgefordert worden seien, Hrn. Fife, den republikanischen Candidat für das Scheriffamt, zu beschimpfen und zu verläumden. Alles dies ist unwahr. Hören wir, was wir in Bezug des Hrn. Fife sagten, nachdem wir mehrere Thatsachen anführten, wie die Bürger betrogen werden:

„Der Zufall will es nun aber auch, daß der jetzige Scheriffs-Candidat auf dem republikanischen Ticket, Hr. Richard H. Fife, schon seit 1852 ebenfalls ein Deputy-Scheriff ist, und wie kömmt es nun, als man ihn neulich wegen dieser Sache zur Rede stellte, er zur Antwort gab, daß er nichts von der Sache wisse?! Er als Deputy-Scheriff will nichts davon wissen? Glaubt dies wohl Jemand! Als Beamter müßte er es wissen, daß seine College gesetzwidrig handelten, oder er kömmt seinen Pflichten als Solcher nicht nach, und gehört deßhalb nicht erwählt zu werden. Indeß so machen es die Herren Ringmeister."

Das ist die ganze Anschuldigung. Enthält obiges etwas von dem was der „Freiheits-Freund" sagt? Nicht eine Sylbe. Weder der „Freiheits-Freund" noch irgend ein ehrenhafter Republikaner wird es indessen läugnen, daß die County- und Stadtverwaltung von Pittsburg und Allegheny eine höchst schändliche und betrügerische ist. Diese Klage haben wir selbst schon von prominenten Republikanern gehört, deren Namen wir bereit sind, zu irgend einer Zeit zu nennen.

Wenn der republikanische Candidat für das Scheriffsamt (Hr. R. H. Fife,) der schon 22 Jahren im Amte ist, (also 22 Jahren im Amt, und immer noch nicht satt?!) ein solch ehrenhafter Beamter ist, wie kömmt es denn, daß es er nur mit knapper Noth die Nomination erhielt? Verursachte seine Nomination nicht schon vom Anfang an die größte Unzufriedenheit unter den Republikanern?

Die Ursache, daß blos eine oder zwei Zeitungen in Pittsburg gegen Hrn. Fife auftreten, ist sehr leicht erklärlich: Die meisten derselben beziehen ihre „Brokken" von den „Rings," und dürfen nicht aus der Schule schwatzen; sonst hat's g'schellt. Uebrigens haben auch wir nichts gegen die Person des Hrn. Fife einzuwenden, wenn er aber in seiner amtlichen Verwaltung als Mitschuldiger von Blättern, die selbst in Pittsburg gedruckt werden an den Pranger gestellt wird, so halten wir es für unsre Pflicht, die Bürger jenes County's vor ihm zu warnen, einerlei, ob wir dort oder in Harrisburg wohnen. Warnt nicht der „Freiheits-Freund" seine Leser, nicht für Hrn. Pershing, der in Pottsville anstatt in Pittsburg wohnt, zu stimmen? Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig.

Daß wir Hrn. Patterson vertheidigen kommt daher, weil wir ihn als einen ehrlichen und aufrichtigen Mann kennen, und weil wir wissen, daß er keine korrupten Beamten unter seiner Verwaltung dulden wird. Von der Beschuldigung des „Freiheitsfreundes," daß Hr. Patterson im Jahre 1855 nicht für seinen Bruder, der damals als demokratischer Scheriffs-Candidat aufgestellt war, sondern für einen gewissen Eph. Jones, einen Know-Nothing stimmte, wissen wir nichts; es fällt uns indessen schwer, dieses zu glauben; that er es, so hatte er vermuthlich seine Gründe dafür. Es wäre indessen nicht der erste Fall, daß ein Bruder gegen den andern stimmte. — Apropos: stimmten die Herausgeber des „Freiheitsfreundes" nicht für James Pollok von Northumberland County, einen Erz-Know-Nothing, welcher im Jahre 1854 als Governör erwählt wurde, und wenn nicht, haben sie nicht seine Administration vertheidigt, und hat sich nicht die damalige Whigparthei in der Know-Nothingparthei aufgelöst? Daß der damalige geschlagene Scheriffs-Candidat Jones, später zu den Rebellen überging, ist abgedroschenes Stroh; es zieht nicht, und paßt nicht hierher. Ebensowohl können wir sagen, daß der Löffeldieb, Ben Butler, den der „Freiheitsfreund" schon so oft vergöttert hat, weil er ein Erz-Republikaner ist, noch im Jahre 1860 fünf und sechzig Mal für Jeff. Davis als Präsidentschafts-Candidat stimmte, und daß der größte Secessionist (Long street), jetzt ebenfalls ein guter Republikaner ist, und sogar ein Amt bekleidet! Und war nicht Ex-Governör Pollok, für welchen die Herausgeber des Freiheitsfreundes" stimmten, war nicht **er** ein Know-Nothing? Und warum so viel Geschrei wegen Hrn. Jones?

Herzlich lachen mußten wir zu guter letzt, als wir den Schluß jenes Artikels lasen, worin es heißt:

„Vielleicht weiß sie [die „Stovepipe"] ihre Ansichten mit einem gewissen Pflaster [selbstverständlich meint unser College hiermit „Läpplen"] in Einklang zu bringen, denn es scheint, daß das demokratische County-Comite dahier die Circulation jenes Blattes diese Woche vermehrt hat, indem es 1000 Exemplare desselben ankaufte und sie unter ihren Getreuen in diesem County für Vertheilung brachte."

Potz sapprement! Ein tausend Exemplaren der „Staats-Zeitung" soll die County-Committee angekauft haben?! Herr jerum! Jetzt juble laut, „Stovepipe," über die frohe Botschaft. Hast jetzt tausend Päpers mehr verkauft, und kannst aus vollen Backen lachen! Doch ach! Hätte seller gute „Freiheitsfreund" nur noch ein Nullchen hintendran gesetzt, so wären es zehn tausend; dann hätte er's just getroffen! Wie schön wäre doch das. Was sind denn lumpigen tausend Blätter für 'ne Stadt wie Pittsburg! Gar nix.

Doch, nur ruhig Blut, Herr College, es ist nicht so schlimm; von den 1000 Exemplaren wissen wir so wenig wie der Mann im Mond, müssen aber bemerken, daß dem Männle vom „Freiheitsfreund" ein gottfürchtlicher „Elephant" aufgeladen worden ist! Wir sind Keiner von Denen, die sich kaufen lassen, noch ihr Erstgeburtsrecht verschleudern. Daß wir Bezahlung — „Läpplen" — für unser Blatt nehmen, ist wahr; dieß thut ja ein Jeder; daß aber unser Blatt in letzter Woche, oder in irgend einer Woche 1000 an Circulation zugenommen hat, oder daß die Demokratische Committee von Allegheny County, oder irgend eine andere Committee 1000 Exemplaren unsrers Blattes bestellt oder gekauft, oder daß wir von irgend einer Seite Geld oder „Läpplen," erhalten haben, ist gelinde gesagt, eine reine Unwahrheit oder, wie man zu deutsch sagt, eine Lüge, und verräth nur die Schwachheit Derer, die eine solche Anschuldigung machen, und wirft einen dunklen Schatten auf ihre Sache.

Adresse des Vorsitzenden des demokratischen Staats-Committees.

An die Wähler von Pennsylvanien.

Die Zeit für Aufnahme der Baarzahlungen ist noch nicht gekommen, noch die Zeit, zu diesem Zwecke einen Termin festzusetzen. Von den Mühlen und Fabriken hat man noch keine Stimme gehört, noch von den Minen und Schmelzöfen, von Farmern und Arbeitern, die es verlangen. Eine Regierung wird zum Vortheil der Regierten gegründet, und ist es schlimmer denn Narrheit, eine Frage zu agitiren, ehe das Volk, welches die Industrie des Staates repräsentirt, eine Aenderung verlangt hat. Daher sollte die Bevölkerung dieses Staates, welche im Bergbau und Fabrikwesen, im Ackerbau und andern Zweigen der Industrie beschäftigt ist, die Repräsentanten der Arbeit, welche die Grundlage der Prosperität des Staates ist, über eine Frage von so tiefer Bedeutung, als eine Abänderung der Currency, oder die Vermehrung oder Verminderung ihres Volumens, befragt werden.

Wie stark tritt diese Frage in den Vordergrund, zu einer Zeit, wo die Industrie des Staates so daniederliegt! Derselbe ist reich an Minen, Fabriken und Boden-Produkten. Seine großen Stapel-Artikel sind in liberaler Weise der Arbeit zugänglich gemacht worden, doch sind Ursachen zu Tage getreten, welche die Entwicklung seines Gedeihens verzögert haben. Was Dieses verursacht hat, ist jetzt nicht die Frage, sondern eine unbestreitbare Thatsache.

Das Land hat gegenwärtig und hatte in den letzten zwölf Jahren ein in Gold und Silber uneinlösbares Courant, das als Grundlage des Werthes angenommen worden ist. Dieses System war nicht die Frucht demokratischer Gesetzgebung. Es wird von denen, die es ein geführt haben, als eine durch die Rebellion verursachte Nothwendigkeit ausgegeben. Ob richtig, oder falsch, das Land acceptirte es, und wurden von der Beendigung des Bürgerkrieges bis heute alle unsere geschäftlichen Unternehmungen dadurch regulirt.

Auf die Legal Tender Basis kaufte der Farmer sein Land, ließ der Fabrikant seine Maschinen laufen, kaufte der Arbeiter seine Baustelle, auf welcher er sein Haus erbaute. Diese Grundlage dadurch plötzlich zu verändern, daß Gold und Silber dafür substituirt würden, würde den Preis des Landes herabdrükken und Unsicherheit und Besorgniß in allen Geschäftskreisen verursachen. Die Aenderung wird durch die Zeit besorgt und kann nicht durchgesetzt werden, bis das Land in einem besseren Zustande ist, sie zu empfangen. Wie sich auch immer die Politiker des Landes einmischen mögen, der klare Sinn und das gesunde Urtheil der Massen wird doch siegen und durch die Stärke und Macht der Abstimmung eine voreilige und unüberlegte Gesetzgebung über die Wiederaufnahme der Baarzahlungen verhindern.

Wie wir auch immer den Mangel an Weisheit beklagen mögen, der die Einführung des jetzigen Systems veranlaßte, so kann doch kein Zweifel über die Unklugheit des Versuches sein, dasselbe jetzt zerstören zu wollen. Alle damit verknüpften Uebel haben wir bereits erfahren; das Geschäft eines ganzen Jahrzehnts und mehr noch basirte darauf, und nur die, welche auf eine Panic in allem Werth—sei es in dem der Arbeit oder des Besitzes—zu spekuliren wünschen, befürworten jetzt eine Contraktion der Currency. Es mag nicht außer Platze sein, hierbei hinzuzufügen, daß das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung durch Nichts schlagender bewiesen wurde als durch allgemeine Annahme und Gebrauch des von ihr ausgegebenen Geldes, trotz der schlechten Verwaltung der Administration.

Wir beanspruchen, daß die demokratische Partei stets zu Gunsten eines stabilen, richtigen Courants war und noch heute ist und wir waren stets übereinstimmend gegen willkürliche Vermehrungen, die so oft die Geschäfte des Landes gestört und beschädigt haben. In großem Theil aus den Arbeitern des Landes zusammengesetzt, wie die demokratische Partei es ist, ist es für ihre Hauptinteressen sehr wesentlich, daß alle unnöthigen Schwankungen der Currency vermieden werden und es kann ganz ruhig gesagt werden, daß mit der Regierung in ihren Händen die einzige Hoffnung liegt, Hartgeld als Basis unseres Courant zu erhalten. Das Aufgeben dieser Idee ist kein Theil ihrer Mission noch ihrer Bestimmung. Sie wird sie nicht aufgeben! Aber dieselbe Partei muß sich in Betreff der Zeit, der Art und Weise, wie dieser Punkt zu erreichen ist, von der Vernunft leiten lassen. Sie kann es nicht möglich machen, selbst wenn sie die Macht dazu hätte, auf den entgegengesetzten Punkt über ein verödetes Land und zwischen den Ruinen seiner Industrie loszugehen. Sie schlägt nicht vor, solche Thorheit zu begehen und daher entschloß sich in der Versammlung in Erie die Partei, eine conservative Haltung einzunehmen und mit Ueberlegung und Vorsicht zu handeln, als ein Beschluß angenommen wurde, der verlangt, „daß das Volumen des Geldes dem Bedarf des Geschäftes entsprechend sein und erhalten werden müsse, und daß die Rückkehr zur Baarzahlung nur durch die Förderung der Industrie des Volkes, nicht durch Zerstörung derselben herbeigeführt werde," wobei sie nur ein gesundes Urtheil zeigte und sich durchaus Nichts von ihren Prinzipien vergab.

Die Absicht dessen ist, ein allgemeines Courant zu schaffen, ausgenommen, wo der Congreß ausdrücklich andere Vorkehrungen getroffen hat, bei der öffentlichen Anleihe. Es ist keine Inflation in diesem Theil der Erie-Platform; er will dem Volk nur den Betrag des Courant sichern, der durch nationale Gesetzgebung eingezogen worden ist.

Das Volk dieses Staates kann nicht gezwungen werden, sich in seinen Geschäftsangelegenheiten einer genauen Handelsregel zu unterwerfen. Der Handel schreit nach Freihandel. Die Geschäftsleute stehen mit allen Völkern in Verbindung. Sie machen große Verdienste und können sehr wohl den Unterschied in „Exchange" bezahlen. Unser Berg- und Ackerbau, unser Fabrikwesen kann nur unter schützenden Steuergesetzen gedeihen. Pennsylvanien war stets ein Schutzzollstaat und ist es jetzt noch; es kann ohne große Verluste diese Stellung nicht aufgeben.

Die Handels-Interessen von Pennsylvanien sind in Gemeinschaft mit den der westlichen Staaten in dieser Sache identisch und ihre gemeinsame Bestimmung liegt in derselben Richtung. Mit der Ausnahme von Philadelphia, die mehr als eine Fabrikstadt mit einer beschränkten Handelsmarine klassifizirt werden kann, haben sie keine Schiffe auf der See. Ihr Geschäftsverkehr findet zu Hause statt. Ihre Verdienste sind verhältnißmäßig gering und sie sind nicht im Stande, plötzliche Schwankungen durch die Contraktion der Currency zu ertragen. Die westlichen Staaten haben diese Erfahrung gemacht und haben offen eine Stellung eingenommen, in welcher die demokratische Partei dieses Staates sie unterstützt hat.

Die in Erie angenommene Platform nimmt die Stellung ein, daß Bankiers und Brokers nicht die Controlle über die Currency haben sollen, daß die Industrie des Staates und die große Arbeitsfrage, wie es sein sollte, auch eine Stimme in der Currency Frage haben, und wir behaupten furchtlos, daß Dieses richtig sei. Die Männer, welche diese Interessen repräsentiren, sind berechtigt zu einer Stimme im Rathe des Staates. Ihren Mühen verdanken wir sein Gedeihen, und sollte ihr Rath nicht unbeachtet bleiben.

Das Kohlen- und Eisengeschäft des Staates liegt heute darnieder, ist gelähmt. Zehntausende von Leuten, die in diesem Industriezweige jetzt beschäftigt sind, werden entlassen werden, wenn die Doktrin sofortiger Wiederaufnahme der Baarzahlung erfolgreich ist, noch werden sie in viel besserer Lage sein, wenn die Currency durch die Regierung vermindert wird, mit der Absicht, einen Zeitpunkt zur Wiederaufnahme der Hartgeldbasis fortzusetzen.

Mitbürger von Pennsylvanien! Dies sind wichtige Fragen, welche nur große Ueberlegung in dem kommenden Wahlkampfe beanspruchen. Der Druck ist da. Wenn wir seine üblen Folgen nicht ganz vermeiden können, müssen wir sie nach besten Kräften mildern. Es war nicht das Werk der demokratischen Partei: „Du kannst nicht sagen, wir thaten es."

Durch unsere Erklärung in Erie, daß wir keine Contraktion der Currency gestatten wollten, haben wir daher keine demokratische Stellung aufgegeben. Unser Politik, als eine Partei, war stets, die Industrie des Landes zu schützen und zu bewahren. Wir verlangen, daß die Ausgaben von Legal-Tender-Noten bei allen Zahlungen an die Regierung angenommen werden sollen, eine Politik, die jene sehr bald auf Pari mit Gold bringen wird, so daß sie dagegen eingetauscht werden können.

Wir tadelten das System der National-Banken. Wir thaten es aus dem Grunde, daß die National-Regierung die Banken bezahlt, die lediglich ihre fiskalischen Agenten für jährlich 20 Millionen Dollars in Gold sind. Da die Regierung für die Einlösung der von ihnen ausgegebenen Noten verantwortlich ist, warum soll sie ihnen dann eine Prämie für ihre Circulation zahlen? Warum giebt die Regierung nicht Legal-Tender-Noten anstatt der Noten der Nationalbanken aus und verwendet die zwanzig Millionen, die jährlich auf Bonds der Banken gezahlt werden, zur Erleichterung der Schuldenlast? Wir sind überzeugt, die Produzenten des Landes, denn sie sind eigentlich die Steuerzahler des Volkes, werden erstaunen, wenn man ihnen sagt, daß diese Banknoten-Circulation in zehn Jahren seit dem Ende des Krieges sie über hundertundfünfzig Millionen Dollars gekostet hat, welche in durch Steuern erhobenes Gold bezahlt worden, und welche beständig wieder von den Banken zu Spekulationszwecken wieder verkauft worden sind, so daß durch diese künstlichen und spielerartigen Quotationen der Preis, wenn nicht gar der Werth eines jeden im Lande consumirten Artikels berührt wurde.

Wir tadelten auch die Politik der Bundes-Regierung in der Vermehrung der Beamten und das verschwenderische System ihrer Gehälter.

Wir beschlossen, daß die unverhältnißmäßige Zunahme von Beamten außergewöhnliche Steigerung ihrer Gehälter und sonstiger Nebeneinkünfte eins der vielen Uebel sind, die durch die radikale Regierung, dem Lande aufgezwungen worden sind. Wir begünstigen eine sparsame Verwaltung der Bundes-Regierung und der Staats-Regierungen, so daß das Volk baldmöglichst von der es jetzt stark bedrückenden Steuerlast befreit werden möge. Wir fordern unsere Bundes- und Staats-Repräsentanten auf, mit allen ehrlichen Mitteln darnach zu streben, beide zu dem praktisch niedrigsten Bestand und Betrag zu reduziren.

Der Mißbrauch der Bundes-Gewalt kann nicht bestritten werden. Das ganze Land weiß es, und das Volk wird sich selbst untreu, wenn es diesem Uebelstand nicht abhilft. Noch auffälliger und unrecht ist das Auftreten unserer Staats-Beamten. Es wird behauptet, die großen Summen, die als Tilgungsfond im Schatzamte zur Zahlung der öffentlichen Schuld bestimmt sind, nicht dem Gesetze gemäß verwendet und daß die Zinsen dieser Millionen dem Staate gegenüber nicht verrechnet wurden. Wenn dieses wahr ist, so ist es ein großes Verbrechen. Der Beschluß der Erie-Platform beschuldigt öffentlich: „Daß das Vorgehen des jetzigen Staats-Schatzmeisters bei der Verwaltung der Staatsfinanzen, wo er es versäumte, die Gelder des Tilgungsfonds so schnell zur Abzahlung der öffentlichen Schuld zu verwenden, als das Gesetz es vorschreibt, da er ferner keine Rechnung ablegt über die Zinsen von den in den verschiedenen Bank-Instituten im Staate angelegten öffentlichen Geldern und es trotzig ablehnte, die Archive des Schatzamts-Departements einem gesetzlich constituirten Committee vorzulegen, das von dem Repräsentantenhause ernannt worden war, dieselbe zu prüfen, sehr verdächtig ist und den schwersten Tadel des bereits zu hoch besteuerten Volks verdient."

Dieses sind erstaunliche Beschuldigungen und sollten die angeklagten Parteien zu ihrer Vertheidigung veranlassen. Ihr Schweigen ist bedeutsam. Da die Beschlüsse der Convention dem Volke bekannt sind, dürfte es hier ungeeignet sein, darauf weiter einzugehen.

Und jetzt zu den Candidaten, die wir auf diese Platform gestellt—und zur Reform der aufgezählten Mißbräuche verpflichtet haben.

Richter Pershing, der Candidat für das Amt des Governörs hat in seiner Eigenschaft als Legislatur-Mitglied sich als Staatsmann erwiesen. Er ist ein ehrlicher und furchtloser Richter, ein moralischer und gewissenhafter Mann. Er ist vorzüglich für die hohe Stelle geeignet, die auszufüllen er nominirt ist, und das mit Steuern belastete Volk des Staates kann seine Niederlage nicht zugeben.

Der Candidat für das Amt des Staats-Schatzmeisters, Colonel Piollet, ist Eurer Unterstützung würdig. Er ist ein einfacher, intelligenter Farmer. Er hat keine Zwecke zu erreichen, die mit der Ehre und dem Credit des Staates, sowie der strengsten Rechtlichkeit unvereinbar wären. Seine strenge Redlichkeit ist mit dem Volke des nördlichen Pennsylvanien sprichwörtlich geworden und wenn er erwählt ist, werden die öffentlichen Gelder—Capital und Zinsen—in seinen Händen sicher sein. Er würde es verachten, sich nur den geringsten Betrag von den Steuern des Volkes zu eigenem Gewinne unrechtmäßigerweise anzueignen.

Der Himmel weiß es, sie sollten ehrlich angewandt werden, da sie den harten Mühen und der ausdauernden Arbeit unseres Volkes abgerungen worden sind.

Candidaten, die ohne alle Frage richtig ausgewählt, ohne alle politische Ringe und Combinationen nominirt worden sind, sollten triumphirend erwählt werden, da sie eben nur wegen ihrer ausgezeichneten Tauglichkeit aufgestellt wurden. Unsere politischen Gegner geben zu, daß dieselbe ehrliche, gerade Männer sind, und wir kennen sie als solche. Laßt sie uns erwählen!

Die Zeit zu einer Aenderung in der Verwaltung der nationalen und Staats-Angelegenheiten ist gekommen. Und ist bei dieser Aenderung die geringste Möglichkeit, daß unsere Angelegenheiten noch in schlechtere Hände gelegt werden können, als sie jetzt sind?

Unser Credit, unsere Industrie, unsere moralische Reputation als ein Volk sind demoralisirt. Es ist zu hoffen, daß Verschwendung und Mißverwaltung, Unterschlagungen und Veruntreuung öffentlicher Gelder einen Punkt erreicht haben, über den hinaus es nicht weiter geht. Die steuerzahlende und steuerbelastete Bevölkerung dieses Staates hat es in ihrer Macht, sich bei der vorstehenden Wahl von den traurigen Zuständen zu erlösen in denen sie jetzt ist. Wird sie es thun?

Der Wahlkampf, den wir jetzt beginnen, muß ein angreifender sein. Wir haben keine Entschuldigungen zu machen und keine Bestechungen anzubieten. Verstand muß unser Argument sein, und das Volk dieses Staates, das sehr bei einer sparsamen, ehrlichen Verwaltung ihrer Angelegenheiten interessirt ist, muß uns zu Hülfe kommen.

Wir beschuldigen unsere Gegner, daß sie den öffentlichen Schatz vergeudet haben, indem sie ihn ihren politischen Freunden und Genossen übertrugen; daß wegen mangelnder Fähigkeit in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten die Geschäfte des Landes darniederliegen. Die Eisenfabriken feiern, das Kohlengeschäft ist gelähmt, der Arbeitslohn herabgesetzt und die Producte des Farmers bringen einen verderblichen Preis. Gedrücktheit und Flauheit unserer Industrie starrt uns ins Gesicht, und die Zeit für eine Aenderung der Politik sowohl, als für eine